

Lehren aus der Coronavirus-Krise

Subjektive Eindrücke als Versuch zu Denkanstössen

1. Vermehrtes Einhalten des Vorsorgeprinzips

a) Die Engpässe bei der Versorgung mit Medizinalmaterial, das nicht in der Schweiz hergestellt wird, zeigen, dass ausser der Vorratshaltung inländische Fabrikationsgelegenheiten wieder in Betracht zu ziehen sind, die in einer Notlage aktiviert werden können. Dieses Postulat wird zwar nicht in allen Sparten verwirklicht werden können. Liefer- und Transitgarantieverträge mit dem Ausland wären deshalb in Erwägung zu ziehen.

b) Fahrlässig und unzulässig erscheint unabhängig von der Coronavirus-Krise, dass - wie schon kurz vor dieser bekannt wurde – lebenswichtige Medikamente oder deren unentbehrliche Grundstoffe des öfteren in einem einzigen Land und dort bisweilen sogar in einer einzigen Fabrik hergestellt werden. Erschwerend wirkt, dass es sich dabei um ein diktatorisch regiertes Land handelt. Es zeigt sich, dass eine länger dauernde Versorgungsstörung die Verfügbarkeit des üblicherweise in der Lagerhaltung Vorhandenen zeitlich überdauern könnte. Die dann voraussehbar entstehende Kalamität müsste verhindert werden; denn nicht nur wegfallende Transportmöglichkeiten oder Fabrikationsunterbrüche bewirken bei monopolistisch zentralisierter Herkunft unentbehrlicher Medikamente untragbare Risiken. Eine Diktatur in derartiger Monopolstellung vermag angesichts der solchen Regimes oft eigenen Tendenz zur Willkür auch zur Erpressung anderer Länder zu verleiten. Das Auftreten krimineller Hacker im Rahmen der Coronavirus-Krise, welche mit gefälschten amtlichen Bekanntmachungen gutgläubige Personen zu selbstschädigendem Verhalten verleiten möchten, beweist, auf welche Art von Einfällen Skrupellose zu verfallen imstande sind.

Ähnliches gilt auch für die Gewinnung und Aufbereitung von Grundstoffen für Telekommunikationsgeräte, deren Bedeutung für das Bewältigen von Krisen nicht unterschätzt werden darf, in Bezug auf die Risiken einer monopolisierten Erhältlichkeit.

Ob die Fabrikation von Materialien von so entscheidender Bedeutung in jedem Fall im Lande der Verbraucher vor sich gehen könnte, ist fraglich. Unter Umständen wäre an einen europäischen Produktionsverbund zu denken, an dem viele oder alle Staaten des Kontinents beteiligt wären. Eine Hauptursache der Auslagerung der Produktion in ein einziges, fernes und diktatorisches Land sind die Kosten, die damit gesenkt werden können. Die Ablehnung staatssozialistischer Wirtschaftsformen sollte indessen nicht dahin führen, einheimische Herstellungsstätten aus blossen Kostengründen oder wegen mangelnder Rendite zu verwerfen. Sind bestimmte Güter wegen ihrer Lebenswichtigkeit unentbehrlich, so müsste der Mehraufwand für eine gesicherte Verfügbarkeit notwendigerweise durch die Kollektivität getragen werden.

c) Die Ausbreitung des Coronavirus und die Geschwindigkeit dieser Ausbreitung muss abgebremst werden, damit die Gesundheitsversorgung – oder genauer: deren Kapazität – nicht durch den Anfall von zu vielen Patienten aufs Mal überfordert oder sogar in den Zusammenbruch getrieben wird. Insbesondere soll so verhütet werden, dass in den Krankenhäusern nicht mehr genug Pflegepersonal zur Verfügung steht. Ebenso soll es nicht so weit kommen, dass nicht mehr genug Räumlichkeiten und Betten vorhanden sind, wenn die Anzahl Erkrankter ansteigt.

Unter diesem Gesichtspunkt fällt eines auf: Während des Kalten Krieges wurden bei uns namentlich für den Fall eines nuklearen Konflikts für teures Geld unterirdische Notspitäler gebaut und Milizpersonal dafür in Bereitschaft gehalten. Diese Notspitäler sind nach der Beendigung des Kalten Krieges deaktiviert und der Veraltung anheimgegeben worden; ihre Dotierung mit mobilisierbarem Personal ist dahingefallen. Bisweilen sind die Räume zweckentfremdet worden. Das ist ein Beispiel, wie mit kurzfristigem Abstellen auf momentane Wahrscheinlichkeiten die Berücksichtigung des längerfristig jederzeit möglichen „worst case“ vernachlässigt und das Denken und Planen nach dem Vorsorgeprinzip fallen gelassen wurde. Würde die gegenwärtig wieder in Diskussion geratene Überforderung der normalen Spitäler Wirklichkeit, so wäre man um die Möglichkeit froh, diese Notspitäler wieder in Betrieb zu nehmen. Wird man die Konsequenzen aus dieser Erkenntnis ziehen?

2. Die weiterbestehende Bedeutung des Nationalstaates

Wir leben in einer Welt, die sich auf globale Arbeitsteilung, rasche, mit den Ereignissen zeitgleiche Kommunikation und Warenlieferung „just in time“ ohne Lagerhaltung und ohne deren Kosten eingestellt hat. Man hat sich an weltweite Mobilität gewöhnt, damit aber auch die schnelle Verbreitung der Coronavirus-Pandemie bewirkt.

Wie schon in der Finanzkrise um 2007 erweist sich indessen auch nun der Nationalstaat als hauptsächlicher und am ehesten verfügbarer Rettungsanker. Er vermag in kürzester Zeit mit bei der Hand liegenden Mitteln zu reagieren. Er bildet in der weiten Welt ein Schottenkompartiment, wie in einem Hochseeschiff, das gegen eine andringende Ansteckung Trennwände aufzustellen vermag und bei Streuung im Inneren Isolationsmassnahmen in Gang bringen kann, bevor sonst jemand dazu imstande ist. Lange bevor internationale oder übernationale Organe reagieren und koordinieren, ist der Nationalstaat imstande, einzugreifen und hat die Chance, über ein umschreibbares Segment der Weltbevölkerung sichernde Vorkehrungen zu verhängen.

Allerdings tendiert jeder Staat dazu, zuerst seine eigenen Bedürfnisse zu befriedigen, gegebenenfalls auch zum Nachteil seiner Nachbarstaaten. Es verhält sich ähnlich wie beim zwischenmenschlichen Risiko, dass jeder zuerst an sich selber denkt und nur zu eigenen Gunsten handelt. Derartiges kann auf Kosten international abgestimmter Krisenbekämpfung und zum Schaden erforderlicher übernationaler Solidarität wirken. Der Appell an den „sacro egoismo“, der von einer Krise ausgehen kann, vermag unter Umständen auch nationalkonservativen Vorstellungen absoluter Autarkie und isolationistischen Tendenzen Auftrieb zu geben.

Die legitimen Vorteile nationalstaatlicher Handlungsfähigkeit liegen indessen darin, dass sie bürger- und realitätsnäher werden können. Ähnliches erweist sich auch in der föderativen Gliederung von Bundesstaaten. Sie wird den örtlichen Bedürfnissen am ehesten gerecht, kann aber auch zu einem desorganisierenden und chaotisch wirkenden Flickenteppich unterschiedlicher Massnahmen führen. Zwischen den möglichen Extremen muss in einer Gratwanderung eine taugliche Balance gesucht werden. Massvolles Vorgehen wird auch übersteigertem Nationalegoismus entgegenzuwirken haben.

3. Disziplin und Solidarität sind wieder gefragt

In einer Gesellschaft, die stark durch individuelle Beliebigkeit und fast unbegrenzte Möglichkeiten der Selbstverwirklichung geprägt worden ist, findet man sich nun unversehens mit den Anforderungen von Einschränkungen und Verzicht konfrontiert. Dem nachzuleben

erfordert viel Disziplin. Ungewohnte Schwierigkeiten, die gemeistert werden müssen, rufen nach kreativem Improvisieren. Einerseits braucht es neue Formen der Selbsthilfe. Andererseits wird organisierte Solidarität nötig, wie bereits in spontane Nachbarschaftshilfe jüngerer Gesunder für Anfällige und Alte. Es ist hochehrfreulich, das unaufgeforderte Auftreten solcher zwischenmenschlicher Hilfestellungen beobachten zu können. Auffallend ist auch, dass die Kritik und das Murren wegen unbequemer Verbote einstweilen recht zurückhaltend bleiben, obschon gerade für betroffene Gewerbetreibende, Unternehmer, aber auch Arbeitnehmende mächtige Sorgen belastend auftreten. Diese Verhaltensweisen kontrastieren zu den ebenfalls zu bemerkenden, manchmal recht kopflösen Angstkäufen in Läden der Lebensmittel- und Tagesbedarfsversorgung.

Das sozialverträglichere Benehmen, das sich indessen auch zeigt, könnte einen Ansatz dazu bilden, sich in dem Sinne neu zu orientieren, dass das ungezügelte Gewinnstreben um jeden Preis, das Teile der Gesellschaft voneinander entfremdet hat, etwas weniger zum Leitstern und Verhaltensmuster würde. Gelänge dies, so wäre eine gewisse Rückkehr zum Grundgedanken jener, die vor zweihundert Jahren der individuellen Freiheit den Weg ebneten, denkbar. Nämlich, dass Freiheit, um nicht in entfesselten Egoismus auszumünden, des Masshaltens bedarf. Denn diese Freiheit steht nicht nur einzelnen Menschen, sondern allen Individuen zu. Das wäre eine Rückbesinnung auf den humanistischen Urgrund der liberalen Gesinnung.

Vielleicht ist etwas Derartiges am Keimen in der Tatsache, dass die verordneten Geschäftsschliessungen ein gemeinsames Tragen durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer, also die Sozialpartner, erfordern. Allerdings sind erhebliche Teile des allgemeinen Stillstandes nicht ohne Staatshilfe, mit andern Worten: durch Verteilung auf alle Schultern zu meistern. Viel liegt indessen schon im Fundament unseres Staates angelegt. Sie nennt sich ja Eid-Genossenschaft, eine Bezeichnung, die das Prinzip „einer für alle, alle für einen“ meint, oder wie man auch etwa auf Lateinisch ausgedrückt hat: „viribus unitis“, also „mit vereinten Kräften“. Es liegt an uns allen, den sichtbar gewordenen Ansatz in dieser Richtung vom Tagtraum einer haltbaren Wirklichkeit zuzuführen.

4. Aufgepasst mit Autoritarismus!

Eine Krise wie die gegenwärtige verlangt entschlossenes Führungsverhalten und notrechtliche Massnahmen, bisweilen auf schnelleren und energischeren Wegen als den gewohnten, verschiedene Instanzen durchlaufenden und wohlverdauerten. Es muss nicht selten ohne Feinaustarierung gehandelt werden. Es ist die Zeit der massgeblichen Exekutivtätigkeiten.

Man wird indessen darauf achten müssen, daraus nicht eine – vielleicht bequeme – Gewohnheit zu machen. Selbst demokratische Regierungen können, wenn die Krise vorbei ist, Mühe bekunden, erlangte Vollmachten wieder abzugeben; wir haben dies auch in der Schweiz nach dem Zweiten Weltkrieg erlebt. Vor allem aber darf das Notrechtsregime nicht zur Rechtfertigung jenes Autoritarismus dienen, der nicht zuletzt auch in Europa als Versuchung umgeht und die liberaldemokratische Ordnung erodiert. Das Vorgehen Orbans in Ungarn ist ein Beispiel dessen, was nicht Schule machen darf.

So wenig dieses Aushöhlen von Demokratie und Rechtsstaat stattfinden darf, sollte aber der gegenwärtig nötige Appell an die staatliche Hilfsbereitschaft später als Vorwand für einen da und dort als Gelüste auftauchenden Etatismus erhalten. Zu betonen ist aber umgekehrt, dass die Sicherung strategischer Güter, die als Lehre aus der gegenwärtigen Krise

hervorgeht, nicht mit ultraliberalistischen Argumenten als Etatismus verschrien und verworfen werden darf. Das Beispiel der Impfstoffherstellerin Berna, bei deren finanziellen Schwierigkeiten aus Abneigung gegen Staatswirtschaft Staatshilfe verweigert wurde, hat der Schweiz den Verlust einer bei Seuchenbekämpfungen unter Umständen unentbehrlichen eigenen Einrichtung gekostet. Das Gegenstück dazu bilden die vor der Corona-Krise bemerkbaren Tendenzen, die Schuldenbremse beim Bund abzuschaffen, obschon diese mitgeholfen hat, gesunde Finanzen zu schaffen, die es jetzt braucht, um den geschlossenen Betrieben Überlebenshilfe zu gewähren. Gegenüber der Lust, mit fremdem Geld spendabel zu sein, und der Sehnsucht, den Staat zugunsten des eigenen Portemonnaies kurz zu halten, wird man wohl klugerweise einen Mittelweg suchen. Genossenschaftliches Verhalten läuft ja ohnehin darauf hinaus, eine für alle tragbare Ausgewogenheit zu finden.

5. Die populistische Versuchung

Unter Populismus versteht man eine politische Haltung, die vorgibt, das Volk schlechthin gegenüber mit Argwohn zu behandelnden Eliten zu vertreten und damit nicht ohne demagogische Anwandlungen politische Erfolge zu erringen. Es ist ein Verhalten, das mit einem gewissen Charisma ausgestattete Machtmenschen gerne und auffallend an den Tag legen.

Es ist interessant, dass einige unter diesen Populisten und dieser oder jener autoritäre Machthaber Mühe bekunden oder Mühe haben, die Gefährlichkeit der Corona-Viruspandemie anzuerkennen. Beispiele sind Trump, Bolsonaro und Lukaschenko. Es fällt ihnen schwer, die Warnungen der Fachleute, der Wissenschaftler, ernst zu nehmen. Offenbar sind wissenschaftliche Erkenntnisse für sie etwas, das unter ihren Generalverdacht gegenüber Eliten fällt.

Nur schon aus diesem Grund ist aus dem Erlebnis einer solchen Pandemie, wie wir sie derzeit über uns ergehen lassen müssen, abzuleiten, dass dem Populismus möglichst kein Raum zu gewähren ist. Denn gerade eine Krise der vorliegenden Art kann unter Umständen diesem Populismus den Weg bereiten, einen Weg, der gegebenenfalls auch in den Autoritarismus ausmünden kann, vor dem weiter oben gewarnt worden ist.

Eine plötzliche Notlage erfordert oft improvisierte und rasche, daher manchmal unvollkommene Massnahmen. Sind diese einschneidend und länger dauernd, belasten sie. Dies kann Unzufriedenheit hervorrufen, besonders wenn bemerkt wird, dass sie Mängel aufweisen. Selbst wenn diese nachträglich erklärbar sind, kann so ein Nährboden für Kritiker, Besserwisser und schliesslich demagogische, populistische Profiteure entstehen, die es verstehen, Unzufriedene um sich zu scharen und politisches Kapital aus der Situation zu schlagen. Das ist eine Gefahr, die im Auge behalten werden muss. Gerade nach einer Pandemie ist eine Manöverkritik am Platz, um die Bereitschaft verbessernde Konsequenzen zu ziehen. Je sachlicher dies geschieht, umso besser. Die Versuchung zum Polemisieren ist jedoch unverkennbar.

6. Die Bedeutung einer guten Informationspolitik

Der eben skizzierte mögliche Hang zur Unsachlichkeit macht deutlich: Das Aufkommen von Fehlinformationen und Gerüchten muss nach Möglichkeit verhindert werden. Das Bedürfnis nach glaubwürdiger Unterrichtung wird vorrangig. Diese muss also offen und ehrlich sein. Gerade wenn schlechte Nachrichten zu verkünden sind, die Ängste hervorrufen können, vermag eine gute Informationspolitik freilich zu einer Gratwanderung zu werden. Sie

soll Befürchtungen nicht unnötig anheizen, wird sich aber auch vor dem Verschweigen ungueter Dinge hüten müssen; diese kommen regelmässig doch an den Tag, und ihre Intransparenz schafft nur Misstrauen und Unsicherheit. In kritischen Zeiten ist auch der gewählte Stil und Tonfall sowie die Wortwahl beim Informieren von erheblichem Einfluss. Was zur Aufhellung der allgemeinen Stimmung beitragen kann, ohne oberflächliches Amüsement oder forciertes, die Wirklichkeit bemäntelnder Optimismus zu sein, kann günstige Auswirkungen erzielen.

Man hat bisher viel löbliches Bestreben bemerkt, solchen Richtlinien nachzukommen. Wenn behördliche Informationspolitik anfänglich vielleicht einmal etwas zu zögerlich oder ungenau erscheinen mochte, so verdient das angesichts des zu bewältigenden Ungewohnten Nachsicht. Ein Beispiel, wie die Dinge eher nicht laufen sollten, hat der Schreiber beim Verfolgen von Fernsehsendungen erlebt. Da folgten einander in kürzester Zeit eine bedrückende Reportage aus oberitalienischen Spitälern mit Äusserungen eines schwerkranken Patienten. Gleich anschliessend erläuterte ein Epidemiologe seine Berechnungen für verschiedene Verläufe der Pandemie. Im schlimmsten Fall sagte er für unser Land enorme Infiziertenzahlen und Todesfolgen voraus. Seine „mittlere“ Annahme kam dem Ergebnis der Spanischen Grippe von 1918/19 nahe, die in der Schweiz 24'000 Todesopfer forderte. Wechselte man dann tiefbesorgt den Sender, so konnte man alsbald in eine längere Reportage aus einer zürcherischen Sargfabrik geraten, welche angesichts der Lage – solange genug Holz vorhanden ist – mit Überstunden arbeitet. Wirklich „erhebend“!

Grosse Mühe, in jeder Beziehung ausreichende Erklärungen zur Pandemie zu liefern, hat sich die gedruckte Tagespresse gegeben. Nur: Wenn Seite um Seite, ja ganze Bünde einer Tagesausgabe und jede Rubrik von bis zu seitenlangen Artikeln zum Thema Tag um Tag nur so strotzen – wer hat noch Zeit, all das zu lesen? Man kann derlei höchstens als Auswahlendung von Information verstehen. Es kommen Erinnerungen an die zweite Weltkriegszeit auf, wo der Papiermangel die Zeitungen dünn werden liess, zur Konzentration aufs Wesentliche zwang und man als Leser trotzdem nicht den Eindruck hatte, nicht im Bild zu sein. – Als bemerkenswert informativ dürfen indessen hochkarätig besetzte Gesprächsrunden im deutschschweizerischen Fernsehen anerkannt werden.

Man kann sich fragen, ob es nicht von Nutzen wäre, in ruhigeren Zeiten Informationsbeauftragte, Journalisten und Moderatoren auch für Krisenlagen speziell zu schulen.

Eigentlich könnte es auch nicht schaden, wenn Magistraten ihre Geschicklichkeit erhöhen könnten. Ob sie dazu die Zeit aufbrächten, ist freilich fraglich.

Der vorliegende Versuch, sich ein Bild über Lehren aus der Corona-Krise zu machen, ist keineswegs vollständig. Es kann sich durchaus ergeben, dass die hier aufgezählten Eindrücke sich bald als ergänzungsbedürftig erweisen. Nach überstandener Gefahr wird sich ohnehin eine Aufarbeitung des Geschehenen aufdrängen, um Konsequenzen für das nächste Mal zu ziehen. Dabei sollten jene, die sich an die Front stellten, nicht vergessen werden.